CDU-Fraktion Darmstadt-Dieburg • Karin Neipp • Jägertorstraße 207 • 64289 Darmstadt

CDU LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG

An den
Vorsitzenden des Kreistages
des Landkreis Darmstadt-Dieburg
Herrn Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies
- Kreistagsbüro -

im Hause

Fraktion im Kreistag des
Landkreises Darmstadt-Dieburg

Die Fraktionsvorsitzende

Samstag, den 16.01.2010

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zur weiteren Beratung des Haushaltes 2010/2011 stellt die CDU-Fraktion folgende Fragen an die Verwaltung:

Fragen zum Haushaltsplan 2010/2011

Allgemeine Fragen und Vorbericht

Seite 4 und 5 Ausblick auf die Haushaltsjahre 2010 und 2011

1.) Derzeit werden Stellenausschreibungen von der Abteilung KFB durchgeführt:
   a) Auf welcher Grundlage erfolgen diese Ausschreibungen?
   b) Warum wird die Stellungsbesetzungssperre des RP von mindestens 12 Monaten nicht eingehalten?
   c) Ist die Verwaltung darüber informiert, dass nach § 99 und § 114 f HGO im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung der Stellenplan des Vorjahres und damit die Auflage der Stellenbesetzungssperre des RP auch weiterhin gültig ist? Siehe auch Seite 4 + 5 des Ausblicks!

2.) Gibt es bei den Abschlusszahlen der Kostenstellen zum 31.12.09 gravierende Abweichungen gegenüber dem in der letzten Sitzung beschlossenen Nachtrag? Falls ja, dann bitten wir um eine Aufstellung.

3.) S. 3 Haushaltssatzung § 4 Kassenkredite und S. 4 Abs.: 7 Ausblick 2010 + 2011
Die Kassenkredite sollen erneut auf nunmehr 100 Mio. € angehoben.

Wie oft und wie lange wurden im vergangen Jahr das bisher eingeräumte Limit von 90 Mio. € ausgeschöpft?
Bitte aufgegliedert auf die einzelnen Monate.
Besteht bereits eine Rahmenvereinbarung mit den Banken? Falls ja, was sind die wesentlichen Bedingungen für die „sichere Zinsaufwandsplanung“?
Ist diese zeitlich begrenzt? Falls „nein“ was spricht für eine „neue“ Rahmenvereinbarung.

4.) S. 2 Vorbericht Beide letzten Absätze:
   1. Bis wann ist mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2008 zu rechnen?
   2. Auf welchen Zeitpunkt bezieht sich die Neubewertung der Sparkassenanteile und seit wann liegt diese vor?

5.) S. 18

Aus der Gesamtergebnisrechnung 2008 ergibt sich, dass neben dem Mehrergebnis aus Erträgen von ca. 7,5 Mio. € Mehrausgaben aus Abschreibungen auf Finanzanlagen /Verlustübernahmen in Höhe von ca. 9,2 Mio. € entstanden sind. Handelt es sich um Abschreibungen oder Verlustübernahmen bzw. um beides?
Wir bitten um eine detaillierte Darstellung.

6.) S. 4 Ausblick 2010 + 2011, Absatz 5 + 6:

Bereits für die früheren Haushalte werden die steigende Kosten und ständige Personalzunahmen mit steigenden Aufwendungen für soziale Leistungen und steigenden Fallzahlen begründet!
Diese stehen teils im Widerspruch zu eigenen Aussagen der quantitativen und qualitativen Vermittlung und derzeit geführten Diskussionen in der „Öffentlichkeit".
Wir bitten um eine summarische Aufstellung der Fallzahlen, gegliedert nach den Produkten für die Jahre 2007, 2008 und 2009 und den zugrunde liegenden Vorausberechnungen für 2010 und 2011. Beachte S. 10 Absatz 8. Die hier genannten Zahlen brauchen, soweit keine
neueren Erkenntnisse vorliegen, nicht noch einmal aufgelistet werden.

7.) S. 7 Abs. 1 + 2 Vorbericht

Hier wird die Erhöhung der ÖPNV Umlage ab 2011 um 0,46 Prozentpunkte mit der Verpflichtung aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zur Neubewertung der Pensionsverpflichtungen begründet. Die daraus einmalig entstehenden Aufwendungen belaufen sich auf 12,9 Mio. € und sind anteilig vom Landkreis mit zu tragen. Angesichts der finanziellen Situation und der hohen Kreisbelastung durch Kreis- und Schulumlage für die Städten und Gemeinden bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

a) Neubewertung der Pensionsverpflichtungen: Wie hoch ist aufgrund des BilMoG die prozentuale Erhöhung der Rückstellungen für laufende Personen und Anwartschaften gegenüber bisherigen Recht und welche rechtliche Grundlage gibt es für die Nachschussverpflichtung durch die Vertragspartner.
b) Handelt es sich bei der Erhöhung des ÖPNV-Anteils durch die höhere ÖPNV-Umlage 2011 für die Städte und Gemeinde um eine einmalige Angelegenheit und ist in 2012 wieder mit einer Senkung zu rechnen?
c) Wenn Ja, warum hat man den Anteil des Landkreises nicht durch eine einmalige Sonderumlage –natürlich nach der Erörterung in einer Bgm. Dienstversammlung im Sinne der Kontinuität der ÖPNV—Umlage umgesetzt?
Wenn „ Nein", warum macht man –angesichts der finanziellen schlechten Situation der Städte und Gemeinden- nicht von der Übergangsvorschrift des Artikels 65 BilMoG Gebrauch? Diese besagt, sind aufgrund der gesetzlich geänderten Rückstellungsbewertungen Zuführungen zu den Rückstellungen für laufende Pensionen oder Anwartschaften nötig, so können diese bis spätestens 31.12.2023 in Jahresraten angesammelt werden.

8.) S. 10 vorletzter Absatz.
Zuschussbetrag bei den Hilfen für Asylbewerber.
Frage: a) Wieso steigen die Erstattungsbeträge trotz der sinkenden Anzahl der betroffenen Personen?
b) Wann beabsichtigt der Landkreis eine Klage gegen das Land, auf Einhaltung des verfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips für diesen Bereich, einzureichen.
c) Ist es möglich, in diesem Bereich die Fixkosten aufgrund der sinkenden Fallzahlen deutlich zu reduzieren?

9.) S. 11 Abs. 1 Transferaufkommen im Produktbereich 06

Wir bitten a) um Auskunft auf welcher Basis die Fallzahlenberechnung erfolgte und wie sich die Mehrkosten von ca. 4 Mio. € jeweils für 2010 und 2011 ergeben.
b) Dazu erbitten wir eine Aufstellung der Fallzahlen für die Produkte 06 aufgegliedert auf die Jahre 2007 bis 2009 und die geschätzten Fallzahlen für 2010 und 2011.
c) Wie ist der derzeitige Stand eines „gezielten Controlling“ und welche Maßnahmen sollen noch umgesetzt werden?

10.) S. 16 – Schulumlagenberechnung

a) Im welchen Verhältnis stehen Nettoschulvermögen zum Gesamtvermögen des Landkreises? Bitte sowohl in absoluten Beträgen, sowie %tual.
b) Wer trägt die Aufwendungen und Kapitalkosten für die Mehrwertsteuer?
c) Wie werden die Zinsaufwendungen des DaDi-Werkes für den Schulbereich berücksichtigt?

Ergebnishaushalt

1.) S. 41 – Produktbereich 02 – Produkt 020206 Gefahrgutüberwachung

Nach dem Motto Gebühren müssen kostendeckend sein, stellt sich uns hier die Frage: Wurden bei dem Produkt 020206 die Gebühren richtig kalkuliert?

2.) S. 43 – Produktbereich 02 – Produkt 0203 Brandschutz

1. Wie hoch ist der Prozentsatz der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen im Verhältnis zu kontrollierenden Objekten?
2. Wie viel Brandschutztechnischen Begutachtungen im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens wurden ohne Kostenerstattung der Bauaufsichtsbehörde angefertigt?

3.) S. 47 – Produktbereich 02 – Produkt 0204 Rettungsdienste

1. Wie hoch ist die Personalausstattung über dem vom Land vorgegebenen Personalschlüssel?
2. Welche weiteren Leistungen neben dem Landesauftrages werden durch die Leitstelle erbracht und wie werden sie vergütet?
3. Wie hoch ist der Kostendeckungsgrad der Rettungsdienstgebühren für die Leitstelle?

4.) S. 52 – Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Pos. 14 Abschreibungen

Was verbirgt sich hinter dem Ansatz Abschreibungen?

5.) S. 243 – Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen
Pos. 11

1. Warum steigen die Personalaufwendungen um rd. 230.000 Euro? Wieso steigen in dem Zusammenhang nicht auch die Gebühreneinnahmen?2

2. Ist es möglich, dass durch die Mitarbeiter der Bauaufsicht Kapazität für das DADI-Werk zur Verfügung gestellt werden kann, um die dort vorhandenen Planungsrückstände kurzfristig zu beseitigen und damit die Unterdeckung ausgeglichen werden kann? Wenn nein, warum nicht?

6.) S. 267 – Produktbereich 13 –Natur- und Landschaftspflege
Welche Aufgaben sind in diesem Bereich gesetzlich vorgeschrieben? Bitte die entsprechenden Gesetzesstellen in Kopie mit vorlegen. (Konnexität)

7.) S. 307 – Produkt 160201 –Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Konto 77 : Erbitten Aufstellung über Derivate (6.900 TEuro).

Stellenplan Seite 2

A) – Gesamtübersicht

Wir bitten um eine Erstellung der Mehrkosten für das Personal aufgegliedert nach den Gruppen in der Gesamtübersicht.

Seite 4

D) Beamte – Eigenbetriebe

1. Wie sind die im Absatz 3 beschriebenen Leerstellen zu erkennen?
2. Wie viel und in welchem Bereich sind sie geplant?

Seite 5 und 6 – Stellenplan Verwaltung

Wie hoch sind die Mehrkosten bezogen auf den Monat aufgrund der Höhergruppierungen bzw. Beförderungen?

Mit freundlichen Grüßen

Karin Neipp

Fraktionsvorsitzende
Karin Neipp

Für die Richtigkeit

Jessika Tips

Fraktionsgeschäftsführerin
Jessika Tips

Karin Neipp
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt
Mobil: 0174-3017075

Email: cdu-kreistag@gmx.de
Email : karin.neipp@gmx.de
Fax: 06151 – 881-1374
Internet: www.cdu-kreistag.net

Fraktionsgeschäftsführerin
Jessika Tips
Mobil: 0151-15682361
Tel.: 06151-8811373